

Energiewende und Bürgerbeteiligung – aus dem Blickwinkel eines regionalen Bürgerbündnisses

Beate Leibrandt

Das Eiderstedter Forum ist ein Bürgerbündnis, das sich seit 2008 für eine nachhaltige und am Allgemeinwohl orientierte Weiterentwicklung dieser Halbinsel an der Westküste Schleswig-Holsteins engagiert. Wir sind ein Multiplikator in der Region: Wir bieten eine Plattform für Gespräche zur Zukunft Eiderstedts, führen Informations- und Diskussionsveranstaltungen durch, bieten Erkundungstouren in der Region an, starten Mitmachaktionen und Wettbewerbe und arbeiten an verschiedenen Projekten mit. Wir sind keine Bürgerinitiative gegen regenerative Energien oder Stromtrassen (mehr unter: www.eiderstedter-forum.de).

Der geplante Stromnetzausbau mit einer 380-kV-Freileitung entlang der Schleswig-Holsteinischen Westküste (von Niebüll nahe der dänischen Grenze nach Brunsbüttel an der Elbe), der u. a. dem Abtransport des hier an der Westküste produzierten regenerativen Stroms dienen soll, wird seit 2011 thematisiert. Eiderstedt ist durch eine Trassenvariante im Bauabschnitt 3 (zwischen Husum und Heide) betroffen. (1)

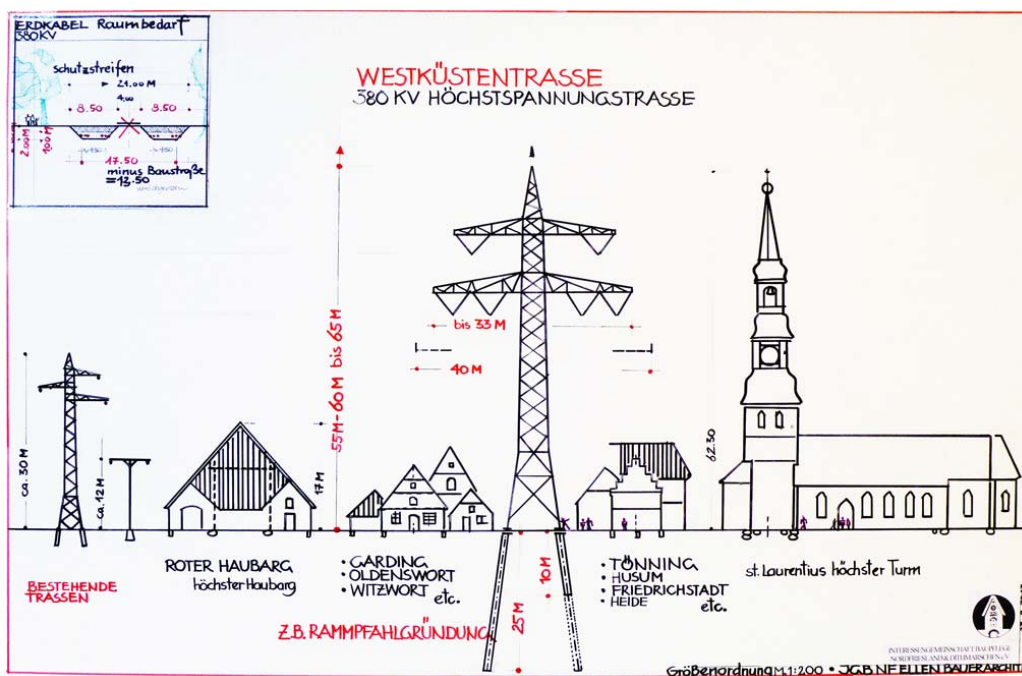


Abb. 1: Planungsskizze der Westküstentrasse



Seit September 2011 finden Regionalveranstaltungen statt, um Bürger/innen weit vor Beginn der förmlichen Verfahren in die Planungen mit einzubeziehen und Anregungen und Hinweise zu den jeweiligen Trassenkorridoren aus den Regionen aufzunehmen. Mehr dazu unter »Netzentwicklungsinitiative«⁽²⁾ und unter »Beschleunigungsvereinbarung«⁽³⁾.

Um den Netzausbau schnellstmöglich voranzubringen, haben sich die beteiligten Kreise, die Netzbetreiber sowie die Landesregierung verpflichtet, gemeinschaftlich die notwendigen Schritte eng abzustimmen und die erforderlichen Vorleistungen zu erbringen. Dazu gehört u. a., vor Beginn des förmlichen Verwaltungsverfahrens einen Dialog- und Kommunikationsprozess mit den Bürger/innen zu führen. Die Kreise Nordfriesland, Steinburg, Pinneberg und Dithmarschen entlang der Westküste bilden eine gemeinsame Pilotregion für den beschleunigten Netzausbau. Die Erfahrungen aus dieser Pilotregion sollen als Vorbild für den Leitungsausbau in Schleswig-Holstein und in Deutschland dienen. Dafür sollen die Ergebnisse mit dem Verfahrensfortschritt aufbereitet und als bundesweites Verfahrensmodell Bund und Ländern empfohlen werden.

Initiator dieses Dialogverfahrens ist das Energiewende-Ministerium in Kiel. Umgesetzt wird es von der Deutschen Umwelthilfe. Ziel ist es, eine möglichst hohe Akzeptanz für die Planung der Leitungen zu erreichen. Die Landräte der besonders betroffenen Kreise sind seit Juni 2011 in die Netzentwicklungsinitiative einbezogen. Die Bürgermeister/innen der betroffenen Gemeinden und Städte wurden unterrichtet. Seit Ende September 2011 wird der Ausbau des Stromnetzes in Regionalkonferenzen erörtert. Es finden öffentliche Veranstaltungen statt, zu denen Bürger/innen eingeladen sind. ⁽⁴⁾

»Ziel der vorgezogenen Bürgerbeteiligung ist es, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig mit Informationen aus erster Hand zu versorgen sowie Anregungen und Hinweise zu den jeweiligen Trassenkorridoren aus den Regionen aufzunehmen. Dabei geht es darum, Schwerpunktbereiche zu identifizieren, die zu Konflikten führen können.

Wenn diese frühzeitig in die Planungen einfließen, spart das im späteren Verfahren Zeit und Mühe bei allen Beteiligten. Der Vorteil liegt darin, dass Ideen und Pläne vor den offiziellen Verfahren noch leichter anzupassen sind, da damit keine formal festgeschriebenen Schritte und Fristen verbunden sind.

Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, in den späteren Scoping- und Planfeststellungsverfahren Einwendungen vorzutragen und die eigenen Interessen zu vertreten, sind hiervon nicht berührt. Sie bestehen unabhängig davon, ob sich jemand im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung zu Wort meldet oder nicht.«

(Quelle: Netzentwicklungsinitiative)

Soweit – so gut. Nun liegen die meisten Dialogveranstaltungen hinter uns. Zeit für eine Zwischenbilanz und einige kritische Anmerkungen.

Sollte ein Dialog nicht ergebnisoffen sein?

Dieser Prozess zeigt, was passiert, wenn die einen ein Dialogthema vorgeben, über das die Anderen gar nicht reden wollen. Ein Dialog braucht ein gemeinsames Thema. Wenn es das nicht gibt, redet man aneinander vorbei. Politik und Planer/innen reden von Freileitungen (die aus rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Gründen alternativlos seien), die Bürgerinitiativen (BIs) von einem HGÜ-Erdkabel.



Abb. 2: Verfechter des Erdkabel-Konzepts bei einer Dialogveranstaltung

Das Ministerium ist durchaus immer wieder auf das Thema Erdkabel der BIs eingegangen, allerdings, ohne es ernsthaft in Erwägung zu ziehen:

- Der zuständige Minister lässt das Angebot der Firma Infranetz Aktiengesellschaft für den Bau einer HGÜ-Erdkabelleitung in seinem Ministerium prüfen.
- Vorwurf der BIs: keine Prüfung durch unabhängige Expert/innen. Obwohl der zuständige Minister dem HGÜ-Erdkabel-Anbieter bei einer Dialogveranstaltung nicht noch einmal das Wort erteilen will, lässt er ihn dann doch reden.
- Die BIs lassen nicht locker.



- Das Ministerium gesteht den BIs einen »Faktencheck« zu, zu dem sie einen Wissenschaftler benennen dürfen. Diese Veranstaltung dient dazu, dem HGÜ-Erdkabel unmissverständlich eine klare Absage zu erteilen.

Also ein Hin und Her, Zugeständnisse, die wieder Hoffnungen wecken und Hoffnungen begraben. Die Folge: Zwischen Heide und Husum ist Situation ziemlich emotionalisiert und verfahren.

Der Eindruck vieler Betroffener: Anstatt um einen ergebnisoffenen Dialog geht es um Akzeptanzmanagement von Ergebnissen, die bereits zu Beginn des Verfahrens feststanden. Es wird Information, Transparenz und Kommunikation eingesetzt, um bereits vor dem Verfahren festgelegte Ergebnisse (»Die oberirdischen Freileitungen sind unumgänglich!«) zu kommunizieren.

Werden unsere Sorgen überhaupt ernst genommen?

Viele Betroffene finden wenig befriedigende Antworten, wenn sie ihre Sorgen vortragen: Beeinträchtigung des charakteristischen Landschaftsbildes, Rückgänge im Tourismus, Wertverlust von Häusern, Gesundheitsrisiken. (Dazu gab es immer wieder großen Informationsbedarf. Das Ministerium geht darauf ein, indem ein Behördenmitarbeiter in Tönning eine Fotokopie hochhält und sagt, dass alles unbedenklich und im Rahmen der Grenzwerte ablaufe und auch für Herzschrillmacher keine Gefahr bestehe.) Auf unsere aktuelle Nachfrage im Ministerium war zu erfahren, dass dort gerade eine Sonderveranstaltung zum Thema elektromagnetischer Felder vorbereitet wird.

Unklarer Gestaltungsspielraum – auch zwei Jahre nach Beginn des Dialogverfahrens

Trotz aller Kommunikationskunst durch Politik, Vorhabenträger und Deutscher Umwelthilfe als Prozessgestalter ist vielen Bürger/innen – obwohl der Prozess seit zwei Jahren läuft – Folgendes noch immer unklar:

Geht es in diesem Verfahren eigentlich vorrangig um Information und Transparenz zu einer geplanten 380 kV-Freileitung? Oder geht es darum, dass Bürger/innen an irgendetwas beteiligt werden, also irgendetwas mitentscheiden dürfen?

Fragen, die immer wieder gestellt werden:

Was genau können wir mitgestalten? Oder soll nur unser Wissen vor Ort abgegriffen werden, damit Planungen, die wir nicht wollen, optimiert werden können?



»Glattgebügelte« Dokumentationen

Bei allen zehn Regionalkonferenz-Protokollen der Deutschen Umwelthilfe, die diesen Prozess durchführt, werden die offiziellen Konferenzteilnehmer/innen nicht genannt. Dadurch liegt ein erheblicher Mangel an Transparenz vor. Für die Leser/innen ist nicht nachvollziehbar, welche Gesprächspartner/innen, die dargestellten Dialoge geführt haben. So wird der Kritik am Dialogverfahren ohne Not weiter Raum gegeben.

Insgesamt sind die Protokolle oberflächlich und wenig aussagekräftig. Dezidierte Fragen oder Anmerkungen von Bürgerinnen und Bürgern werden nicht wiedergegeben. Als Antworten finden sich, wie in den übrigen Protokollen, die stereotypen allgemein gehaltenen Antworten der Vorhabenträger. Sie sind sehr unpräzise und ungenau, wodurch alles im Ungefähren bleibt. Somit gibt es keine konkreten »Angriffspunkte«. Etwas kritischer fallen nur die wenigen Protokolle aus, in denen sich die Co-Autoren für Änderungen und Ergänzungen stark gemacht haben. Wesentlich kritischer fallen z. T. die Presseberichte über die Regionalveranstaltungen aus. (5)

Wer profitiert eigentlich von diesem Dialogverfahren?

Die Vorteile dieses Dialogprozesses für die Vorhabenträger liegen auf der Hand: Das Wissen vor Ort dient den Vorhabenträgern dazu, die Trasse zu optimieren, die Planung sicherer zu machen, Fehler zu vermeiden, Kosten zu optimieren, Klagen zu reduzieren etc.

Welche Vorteile bietet dieses Verfahren den Bürger/innen? Es bietet ohne Frage Information und Transparenz weit vor dem eigentlichen Planfeststellungsverfahren, die es sonst nicht geben würde. Das ist klar zu begrüßen. Vielleicht bekommt auch jemand, der sich an dem Dialog beteiligt, die Trasse dann nicht in fünf Metern Entfernung vor die Haustür, sondern in 50 oder 500 Metern Entfernung oder vielleicht in drei Kilometern Entfernung. Dafür hat sie u. U. jemand anders vor seinem Haus.

Somit wären wir bei einem weiteren Schwachpunkt dieses Beteiligungsverfahrens: Politik und Vorhabenträger verlangen, besonders hier zwischen Heide und Husum, wo es mehrere Trassenvarianten gibt, dass sich die Bürger/innen nach dem St. Floriansprinzip verhalten, also sagen: Freileitungen ok, aber bitte nicht bei mir – »Not In My Backyard«.

Das heißt: Ziel der Bürger/innen, die sich in den Prozess begeben, ist die Verlagerung eines Problems vor der eigenen Haustür auf Andere. Es geht um die erfolgreiche Berücksichtigung der eigenen Interessen auf Kosten Anderer. Also: Keine Nachteile im eigenen Umfeld – Abwälzung von Nachteilen auf andere. Damit verlangt die Politik etwas von den Bürger/innen, was sie ihnen sonst gerne vorwirft.

Vielleicht haben Politik und Vorhabenträger nicht damit gerechnet, dass Eiderstedter und Dithmarscher ablehnen, sich nach diesem St. Floriansprinzip zu verhalten. Dass Eiderstedter nicht alles tun, damit die Dithmarscher die Leitung vor der Nase haben und die Dithmarscher nicht alles daran setzen, die Leitung nach Eiderstedt zu bekommen, sondern gemeinsamen für ein HGÜ-Erdkabel kämpfen.



Neben dem Dialogverfahren nun auch noch die finanzielle »Bürgerbeteiligung«

Mit »Bürgeranleihen« zur Finanzierung der Westküsten-Freileitungstrasse will TenneT die Akzeptanz bei den Betroffenen erhöhen. Diese sprechen da eher von »Bauernfängerei«. Auch Finanzexpert/innen und Verbraucherschützer/innen hatten die Anleihe als ungeeignet für Kleinanleger kritisiert. (6)

Welche Spuren hinterlässt dieser Dialogprozess in der Region?

Bevor es in den letzten Teil des Dialogverfahrens geht, sollten wir einmal innehalten und darauf schauen, welche Folgen dieser Dialog für die Region hat:

- Welche Erfahrungen haben die Menschen mit dieser Bürgerbeteiligung gemacht?
- Was haben sie mitgenommen, gelernt?
- Was würden sie sich beim nächsten Mal anders wünschen?
- Sehen sie überhaupt zukünftig Chancen in Beteiligungsprozessen?
- Würden sie sich noch einmal so engagiert einbringen? (Die nächsten Themen CCS, die dauerhafte Kohlenstoffdioxidspeicherung und Fracking stehen bereits vor der Tür.)
- Stärkt dieser Prozess das Vertrauen in die Politik oder trägt es zur Politikverdrossenheit bei?

Das Eiderstedter Forum hat beim Energiewende-Ministerium angeregt, diesen Prozess zu evaluieren und daran auch die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen.

Anmerkungen

(1) Siehe Karten unter: http://www.schleswig-holstein.de/Energie/DE/Beteiligung/Dialogprozess_Westkueste/Dialogprozess_Westkueste_node.html

(2) http://www.schleswig-holstein.de/Energie/DE/Strom/Ausbau_Stromnetz/Vereinbarungen_Netzausbau/Netzentwicklungsinitiative/PDF/Netzentwicklungsinitiative_blob=publicationFile.pdf

(3) http://www.schleswig-holstein.de/MWAVT/DE/Startseite/downloads/110830_Vereinbarung_Beschleunigung_Netzausbau_blob=publicationFile.pdf



(4) Mehr unter: http://www.schleswig-holstein.de/Energie/DE/Beteiligung/Dialogprozess_Westkueste/Dialogprozess_Westkueste_node.html

(5) Zu den Protokollen: http://www.schleswig-holstein.de/Energie/DE/Beteiligung/Dialogprozess_Westkueste/01_Buergerdialog/Buergerdialog_node.html

(6) siehe Video unter folgendem Link (Beitrag »Windenergie an der Nordsee«):
<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1963342/ZDF-heute-journal-vom-13.-August-2013?bc=svp;sv1#/beitrag/video/1963342/ZDF-heute-journal-vom-13.-August-2013>

Mehr Informationen

www.eiderstedter-forum.de

Autorin

Beate Leibrandt ist Sprecherin des Eiderstedter Forums, eines regionalen Bürgerbündnisses an der Westküste Schleswig-Holsteins. Unter dem Motto »Eiderstedts Zukunft geht uns alle an« engagiert sich das Bündnis auf der Halbinsel Eiderstedt seit 2008 für eine nachhaltige und am Allgemeinwohl orientierte Weiterentwicklung.

Kontakt

Eiderstedter Forum
Beate Leibrandt
Norderstraße 11
25881 Tating
Tel.: 04862/17 17 4
E-Mail: eiderstedter-forum@leihome.de

Redaktion eNewsletter

Stiftung MITARBEIT
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 6753119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de